

Niederschrift

über die 28. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **15.04.2008**, 17:00 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Andreas Nicklas (ab TOP 5), Werner Quante , Ursula Schaffstein , Stefan Weber , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Manfred Engelmann , Elke Leiendecker , Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Heribert Klas , Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Hans Varnhagen

von der Verwaltung

Frank Ahlmann , Erwin Goerke , Dr. Wolf Heinrichs , Michaela Heuer , Jochen Lücken , Martin Schulze-Werner , Detlef Sonntag , Norbert Vechtel

für die Schriftführung

Andrea Gottlob ,

Es fehlten:

Fritz Pfau , Florian Steinforth ,

Tagesordnung:

1. Eingänge und Mitteilungen

- | | | |
|------------------------|------|--|
| <u>V/0252/2008</u>
 | 2. | Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufhebung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 01.06.2008 zu der Veranstaltung "6. Gremmendorfer Straßenfest" |
| <u>V/0216/2008</u>
 | 3. | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 1. Adventssonntag im Stadtbezirk Münster-Mitte, -Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010 |
| <u>V/0223/2008</u>
 | 4. | Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 31.08.2008 und 28.12.2008 im Stadtbezirk Münster-Hiltrup und am 09.11.2008 im Stadtbezirk Münster-Nord |
| <u>V/0237/2008</u>
 | 5. | Sperrvermerk Produktgruppe 02 01 "Ordnungsrechtliche Angelegenheiten" bezüglich des Zuschusses an den Tierschutzverein Münster und Umgegend e. V. |
| | 6. | Antrag der CDU-FDP/Fraktion zur Verkehrsunfallprävention |
| | 7. | mündliche Berichte der Verwaltung: |
| | 7.1. | Umfang Fahrradkontrolldienst |
| | 7.2. | Nichtraucherschutzgesetz:
Rauchergruppen vor Schulen |
| | 7.3. | Graffiti |
| | 7.4. | Abschluss der Tarifverhandlungen |
| | 8. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Nach Eröffnung der Sitzung erinnerte Herr Weber die Ausschussmitglieder an die Vereinbarung, einen interfraktionellen Arbeitskreis zum „e-Government“ einzurichten. Dafür sollten Vertreter der Fraktionen benannt werden. Bisher läge ihm jedoch noch keine Meldung vor. Herr Weber appellierte an die Mitglieder, dies doch nach zu holen und verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Stadt Rheine.

Frau Leiendecker meldete sodann für die SPD-Fraktion Herrn Felix Echelmeyer, stellvertretender sachkundiger Bürger im Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung als Mitglieder für den Arbeitskreis. Herr Weber bedankte sich für die direkte Meldung und begrüßte Herrn Echelmeyer, der als Zuhörer in der Sitzung anwesend war.

Des Weiteren informierte Herr Weber die Ausschussmitglieder über ein Schreiben des Herrn Halberstadt als Mitglied der Interessengemeinschaft Bahnhofsviertel sowie der Ordnungspartnerschaft Bahnhof an die Verwaltung wegen der vermehrten Lärm- und Schmutzbelästigungen im Bahnhofsbereich. Das Schreiben werde mit der Niederschrift über die heutige Sitzung ver-

teilt, um es allen Mitgliedern zur Kenntnis zu geben.

Keine weiteren Mitteilungen.

**Punkt 2 der Tagesordnung
V/0252/2008**

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufhebung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 01.06.2008 zu der Veranstaltung "6. Gremmendorfer Straßenfest"

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage (*Anlage der Originalniederschrift*) beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0216/2008**

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 1. Adventssonntag im Stadtbezirk Münster-Mitte, -Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einigte sich darauf, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0223/2008**

Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 31.08.2008 und 28.12.2008 im Stadtbezirk Münster-Hiltrup und am 09.11.2008 im Stadtbezirk Münster-Nord

Herr Pölling erklärte, dass die SPD-Fraktion ein Offenhalten der Verkaufsstellen am 28.12.08 ablehne. Die Termine 09.11.08 und 31.08.08 seien insoweit akzeptabel. Herr Weber ließ so dann darüber abstimmen, ob die Verkaufsstellen am 28.12.08 offen gehalten werden sollen. Dies wurde von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL abgelehnt. Die weiteren Termine 31.08.08 und 09.11.08 wurden einstimmig angenommen, so dass insgesamt der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages empfahl:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1 und Anlage 2** (*Anlagen der Originalniederschrift*) beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnungen werden beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 5 der Tagesordnung
VI/0237/2008
Sperrvermerk Produktgruppe 02 01 "Ordnungsrechtliche Angelegenheiten" bezüglich des Zuschusses an den Tierschutzverein Münster und Umgegend e. V.

Herr Dr. Heinrichs erläuterte zunächst inhaltlich die Vorlage. Herr Schulze-Werner gab vertiefende Informationen zu den Hintergründen. Herr Klas gab für seine Fraktion eine Stellungnahme ab. Nach kurzer Diskussion stellte Herr Dr. Heinrichs die rechtliche Situation nochmals dar und beantwortete die Fragen aus dem Ausschuss.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Sperrvermerk bei der Produktgruppe 02 01 „Ordnungsrechtliche Angelegenheiten“ in Höhe der Entschädigungszahlung an den Tierschutzverein Münster und Umgegend e. V. (Haushaltsplanentwurf Band 2, S. 136, Zeile 15 -Transferaufwendungen) wird aufgehoben.

Punkt 6 der Tagesordnung
Antrag der CDU-FDP/Fraktion zur Verkehrsunfallprävention

Herr Vechtel berichtete über den aktuellen Sachstand der Verkehrsunfallpräventionsarbeit. Es lasse sich bereits jetzt die Notwendigkeit ableiten, die Radwegegestaltung und –markierung in Münster zu verdeutlichen und zu vereinheitlichen. Hiermit werde das Gefahrenpotential für Autofahrer/innen und Radfahrer/innen, speziell bei Abbiegevorgängen, verringert.

Herr Vechtel führte weiterhin aus, dass erste bauliche Maßnahmen für die Hammer Straße bereits in 2007 modellhaft umgesetzt worden seien. Diese würden in 2008 abgeschlossen. Es sei beabsichtigt, Zug um Zug die Gestaltung und Markierung von Radwegen an Straßen mit größerer Verkehrsbelastung zu optimieren. Die hierfür erforderlichen Investitionen seien für 2008 und 2009 in der konkreten Vorbereitung.

Herr Weber bat darum, die Baumaßnahmen für 2008 und die Planungen für 2009 in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung durch die Bauverwaltung vorstellen zu lassen.

Herr Vechtel wies darauf hin, dass in Kürze mit dem Abschlussbericht des Gutachtens des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GdV) zu rechnen sei. Es sei daher aktuell zu früh, um während der noch laufenden Analysearbeiten bereits über Ergebnisse zu berichten. Sobald das Abschlussgutachten vorliege, werde der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zeitnah informiert.

Punkt 7 der Tagesordnung
mündliche Berichte der Verwaltung:
Punkt 7.1 der Tagesordnung
Umfang Fahrradkontrolldienst

Herr Schulze-Werner gab einen ausführlichen Überblick über die Situation im Fahrradkontroll-

dienst. Er erläuterte die Unterschiede der wenigen Handlungsmöglichkeiten des Ordnungsamtes in Bezug auf parkende Räder, störende Räder bzw. Schrotträder und stellte dies anhand von praktischen Beispielen dar. Herr Schulze-Werner bat um Verständnis für die Situation der Mitarbeiter, die bei verschiedenen Rechtslagen immer vor Ort adhoc entscheiden müssten. Er zog insgesamt das Fazit, dass das Ordnungsamt mangels der an sich notwendigen bundesgesetzlichen Rechtsgrundlage oft nicht einschreiten dürfe, obwohl dies in Anbetracht der jeweiligen Situation wünschenswert wäre.

Herr Vechtel ergänzte die Ausführungen um Zahlen und Daten zum Personal und berichtete detailliert mit Fallzahlen über die Tätigkeiten im Fahrradkontrolldienst. Er zog dabei u. A. auch den Vergleich zu den Aktivitäten in Freiburg. Ob die Stadt Freiburg eine zulässige Vorgehensweise für ihren Fahrradkontrolldienst gewählt habe, ließe sich aktuell nicht sagen, da die dort anhängigen Rechtsstreite noch offen seien.

Nachdem verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet waren, gab Herr Dr. Heinrichs eine abschließende Stellungnahme ab und appellierte nochmals, die von Herrn Schulze-Werner beschriebene Service-Hotline 3299 zu nutzen.

Herr Weber bedankte sich für die umfangreichen Ausführungen.

Punkt 7.2 der Tagesordnung

Nichtraucherschutzgesetz: Raucherguppen vor Schulen

Herr Vechtel erläuterte kurz die Problemlage des Nichtraucherschutzes in Schulen und öffentlichen Bildungseinrichtungen seit Inkrafttreten des Nichtraucherschutzgesetzes NRW zum 01.01.08. Am 13.03.08 habe es dazu ein Gespräch mit den Schulformsprechern gegeben. Das vom Ordnungsamt und dem Amt für Schule und Weiterbildung erarbeitete Einsatzkonzept habe dort allgemeine Zustimmung gefunden. Besonderes Augenmerk liege altersbedingt bei den Berufskollegs. Das Amt für Schule und Weiterbildung arbeite aktuell mit den städtischen Fachämtern an Lösungen. Sobald konkrete Vorschläge möglich seien, würden die Schulen und die Bezirksregierung einbezogen. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung werde weiterhin zeitnah informiert.

Herr Berding unterstütze die Ausführungen und berichtete aus eigener Erfahrung zu der Problematik.

Punkt 7.3 der Tagesordnung

Graffiti

Zum Handlungskonzept „Maßnahmen gegen Graffiti“ hatte der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung in seiner Sitzung am 16.10.07 beschlossen, dass die Verwaltung im Frühjahr 2008 einen erneuten Bericht zu den Schadenszahlen und den sich daraus ergebenden Aktivitäten vorlegt.

Diesen Bericht stellte Herr Ahlmann – Koordinator für Graffiti im Ordnungsamt – den Ausschussmitgliedern in einem umfangreichen Vortrag vor. Die Ausschussmitglieder hatten bereits mit der Einladung zu der heutigen Sitzung eine schriftliche Stellungnahme des Ordnungsamtes erhalten.

Herr Weber bedankte sich im Namen des Ausschusses bei Herrn Ahlmann für die ausführlichen Informationen.

Punkt 7.4 der Tagesordnung**Abschluss der Tarifverhandlungen**

Herr Goerke stellte anhand eines Manuskriptes, das in der Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt wurde, die Auswirkungen des Tarifabschlusses vom 31.03.08 dar. Dabei ging er zunächst kurz auf die finanziellen Mehrbelastungen ein. Zur Frage der Finanzierung werde Frau Bickeböller einen entsprechenden Bericht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorlegen.

Herr Goerke informierte über die inhaltlichen Regelungen wie die Erhöhung der Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden bei Vollzeitbeschäftigung. Eine Erhöhung des Leistungsentgeltes sei nicht vereinbart worden. Für die Personalgewinnung von erfahrenen Mitarbeitern sei wichtig, dass Arbeitgeber die bereits erworbenen Entgeltgruppen/-stufen übernehmen könnten. Hervorzuheben sei auch, dass insbesondere für den Sozial- und Erziehungsdienst die Tarifvertragsparteien Übergangsregelungen für Eingruppierungen vereinbaren wollen. Herr Goerke erklärte, dass es hierbei durchaus zu Mehrkosten von 100 – 200.000 € kommen könnte. Die Ausgestaltung der Übergangsregelung bliebe jedoch zunächst abzuwarten.

Herr Goerke wies darauf hin, dass die Gewerkschaften eine Erklärungsfrist bis zum 20.04.08 hätten. Es sei jedoch davon auszugehen, dass die Gewerkschaften überwiegend zustimmten.

Anschließend berichtete Herr Dr. Heinrichs ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen, die sich als äußerst schwierig herausgestellt hätten. Er stellte sehr anschaulich die Situation der Tarifvertragsparteien in den Verhandlungen dar und erläuterte, dass es Interessenskonflikte gäbe, teilweise auch innerhalb der Tarifgemeinschaft Bund und Kommunen sowie auch innerhalb der kommunalen Arbeitgeberverbände. Das wiederum erkläre, warum die Verhandlungen so lange gedauert hätten und warum sie so schwierig gewesen seien. Abschließend erklärte er, dass das Leistungsentgelt und auch die Arbeitszeit die Dauerthemen in künftigen Tarifverhandlungen blieben.

Punkt 8 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr Klas erklärte, der Generalmusikdirektor habe am 06.04.08 „eine flammende Rede“ für die Musikhalle gehalten. Dies sei in der derzeitigen Situation des Verfahrens zum Bürgerentscheid nicht hinnehmbar. Er forderte die Verwaltung auf zu klären, welche – arbeitsrechtlichen – Maßnahmen gegen den GMD möglich bzw. erforderlich seien. Vor einiger Zeit sei bei einem ähnlichen Vorfall eine Abmahnung ausgesprochen worden. Herr Klas bat um Stellungnahme zur nächsten Sitzung des APRO am 03.06.08.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Gez.
Stefan Weber
Vorsitz

gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung